

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto:
Gedr. Arnold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5,000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5,000.— M., unter Kreuzband für Deutschland nachsendlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weitznerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weitznerplatz 10. Tel. 25261.
Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Originalene Nonpareilgröße 400.— M., auswärts 500.— M., die Originalene Nonpareilgröße 1000.— M., auswärts 1300.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehör., Stellen- u. Mietgeluche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 M.

Nr. 117

Dresden, Mittwoch den 23. Mai 1923

34. Jahrg.

Gegen die internationale Reaktion Der Achttundentag durchbrochen

Vom Hamburger Kongress der sozialistischen Internationalen wird uns geschrieben:

Zu Beginn des Eintritts in die sachlichen Beratungen am Dienstag erhob sich der britische Führer Henderson zu einem kraftvollen Einspruch gegen die englische Diktatorpolitik in Sowjetrußland. Der russische Vorsitzende Abramowitsch, von den Volkswirtschaftlern aus seinem Vaterland vertrieben, unterstützte diesen Protest, und der Kongress erhob sich zum Zeichen der Zustimmung. Auch die terroristische Diktatur der Bolschewiki kann uns nicht hindern, einer kapitalistischen Regierung in die Arme zu fallen, die neue Kriegsgefahren heraufbeschwört und durch die Blockade Rußlands die Hungersnot in diesem unglücklichen Lande verschärfen will. — Der dann folgende Vortrag des Oesterreicher Bauern gegen die europäische Reaktion hält die große Internationale dann in ihrem Bann. Gerechtfertigt, das gesamte Europa überblickend, wertvolle geschichtliche Vergleiche ziehend, zeigte der Redner fünf Hauptpunkte der Gegenrevolution: das russische Problem, das deutsche Gefahrenzentrum, den italienischen Faschismus, Gorty-Ungarn und den Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt. Uns Deutschen tat besonders wohl, wie gut Bauer die Wurzel der deutschen Reaktion bloßlegte, den Widerstand des deutschen Kapitals gegen eine lokale Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag in den Grenzen des Möglichen. Ohne Würde könne ein großes Volk nicht leben. Sehr reich für uns Deutsche war auch der Hinweis, daß der General-Kommissar des Völkerbundes in Oesterreich Schriftmacher der Reaktion sei. Noch stehet der Völkerbund ganz unter der Herrschaft der Westmächte. Er wage deshalb nicht, in entscheidenden Fragen das Wort zu nehmen. Bauer sprach Woche voll tiefen Eindringens von der gemeinsamen internationalen Aktion der Sozialisten. Seine stärkste Hoffnung ist der Aufstieg der Arbeiterklasse in England. Als er in einem leuchtenden Bild mit der Erwartung schloß, daß auf den jetzigen Abwärts der Reaktion, wie einst auf die heilige Allianz die Pariser Revolution von 1800, nun die Zukunftsrevolution des Proletariats folgen werde, bekundete der Kongress seine Einmütigkeit und seinen Willen zur Tat durch brauenden Beifall und Hurufe in allen Sprachen.

Am Nachmittag begannen die Kommissionen ihre Arbeit. Neben ihrer Tätigkeit leisteten sich einige kommunistische Schwärmer eine revolutionäre Tätigkeit nach ihrem Belieben. Sie stellten sich in Gruppen neugieriger Straßenspektanten vor dem Generalkonferenzsaal auf und hielten Vorträge gegen die Sozialdemokratie und unsere Internationale. Diesen Sport treiben sie nun schon seit zwei Tagen, und es scheint, daß der Kongress während der zwei Wochen durch diese Geheereten ausgezeichnet werden soll. Da sich um die kommunistischen Straßenspektoren Vorübergehende sammeln, werden diese sonderbaren Appelle der Einheitsfront wie immer den Erfolg haben, daß sie Unausgesprochene verwirren oder ihnen Abneigung gegen jede Art Internationale beibringen. Die Bedeutung des Kongresses selbst wird von diesen Sprüchern nicht beeinträchtigt.

(Die wertvollen Ausführungen des Genossen Bauer werden wie als besonderen Auszug bringen. Red.)

Das Kabinett Baldwin

London, 22. Mai. Der König hat den bisherigen Schatzkanzler Stanley Baldwin zum Premierminister ernannt. Baldwin hat angenommen. Sir Robert Horne, der in Lloyd Georges Kabinett Schatzkanzler war, wird unter Baldwin dasselbe Amt wieder übernehmen. Evening Standard berichtet, daß keine großen Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts eintreten werden. Lord Curzon sei bereit, das Amt des Außenministers weiterzuführen.

Die Ernennung Baldwins zum Leiter der Regierung ist auf seine starke Verknüpfung mit dem Großhandel und den Wirtschaftsinteressen zurückzuführen. Er ist langjähriger Vorsitzender der Handelskammer und in erster Linie Wirtschaftspolitiker. Unter den konservativen Parteiführern hat Baldwin eine weit größere Anhängerzahl als der frühere Lord Curzon, der auf seinen Rang (er war einmal „Bischof von Indien“) stolz ist und wohl kaum lange unter dem jüngeren Kabinettschef amtierende dürfte. Im übrigen führt Baldwin nach allen seinen Erklärungen die bisherige Politik Bonar Law's weiter, vielleicht unter stärkerer Betonung der wirtschaftlichen Interessen Englands. Die Pariser Presse wünschte von vornherein Baldwin und nicht Curzon, da Baldwin ein sehr zuverlässiger Franzosenfreund und unbedingter Anhänger des Fortbestehens der Entente sei. Zielwärtig haben auch Rücksichten auf Frankreich bei der Ernennung Baldwins mitgespielt. In der Reparationsfrage dürfte zunächst keine andere Haltung der Regierung zu erwarten sein, da sich Baldwin wiederholt im Sinne Bonar Law's und Curzon's ausgesprochen hat. Im übrigen muß die endgültige Kabinettszusammensetzung und vor allem die Programmklärung der neuen Regierung abgewartet werden, um ein sicheres Urteil zu gewinnen.

Der Konflikt mit Rußland

London, 22. Mai. Krassin hat von der Sowjetregierung die Antwort auf seine Anfrage erhalten. Krassin wird morgen mit

Lord Curzon zusammentreffen. Der Mittwoch wird daher in gewissem Sinne der wichtigste Tag der englisch-russischen Krisis sein. London, 22. Mai. In einer Unterredung mit dem Moskauer Botschafter des Daily Telegraph hat Krassin in für Verhandlungen als einzige Methode zur Regelung der zwischen Großbritannien und Rußland strittigen Punkte ein. Wenn Lord Curzon der Sowjetregierung in bezug auf Verhandlungen nicht entgegenkommen wolle, sei der Abbruch der Beziehungen unvermeidlich.

Französische Ruhrdebatte

Die französische Kammer hat am Dienstag mit der Beratung der von der Regierung geforderten Kredite für die Ruhrbesetzung begonnen. Pariser Redaktionen begannen, daß zunächst der frühere Vorsitzende der Reparationskommission, Abgeordneter Dubois, eine lange Rede hielt, in der er sagte: Deutschland sei den ihm im Vertrag von Versailles auferlegten Verpflichtungen niemals nachgekommen. Die geringfügigen Zahlungen seien unter dem Druck der Gewalt und erst nach Überwindung großer Schwierigkeiten erfolgt. Bereits am 30. Juni 1920 habe die Reparationskommission die erste vorläufige Richtlinie Deutschlands feststellen müssen. An Stelle der 132 Milliarden, die in London als Gesamtbeitrag der deutschen Schuld festgesetzt wurden, habe die deutsche Regierung genügt, einen Betrag von 80 Milliarden, also noch nicht einmal ein Drittel, anzubieten. Frankreich habe nach Abzug der Reparationskosten nur 148 Millionen Goldmark erhalten. Da es seinerzeit Deutschland auf Grund des Abkommens von Spa 180 Millionen vorgeschossen habe, besäße es mehr als es von Deutschland erhalten habe. Frankreich habe also vollkommen recht gehabt, als es sich zu Sanktionen entschlossen habe, zu denen die verbücherte und wertbrächtige Zahlung Deutschlands die Voraussetzung war. Die Annahme, daß von der Regierung geforderten Kredite müßte der Welt zeigen, daß Frankreich am Ende seiner Schuld und entschlossen sei, die Forderungen, in deren Befreiung es sich gesetzt habe, zu bezahlen, bis es bezahlt sei.

Der Abgeordnete Margaine wies nach, daß der Betrieb der Eisenbahnen im Ruhrgebiet durch die französisch-belgische Besetzung unmöglich sei. Er hoffe, daß die Regierung die Kammer über ihre wahren Absichten unterrichten und sich nicht wieder hinter diplomatische Redensarten verbergen werde. Hier unterbrach Poirecar den Redner und rief: Sie werden von mir hoffentlich nicht erwarten, daß ich diese Absichten auf diesem Wege zur Kenntnis der Deutschen bringe. — Mittwoch Fortsetzung. Es sind noch 20 Redner eingeschrieben.

Die neue Truppenüberschwemmung

Ostfeldkirchen, 22. Mai. Während Pfingsten sind hier zwei Bataillone französischer Alpenjäger eingedrückt und in drei Volksschulen untergebracht worden. Dadurch ist der ganze Schulunterricht einer über 200 000 Menschen zählenden Stadt lahmgelegt worden. Weitere Truppen kamen am Dienstag früh. Die Franzosen besetzten heute das Hauptpostamt und verlangten von dessen Leitung, daß ihnen die Anschläge und Fernsprechanlagen zur Verfügung gestellt würden. Diese Forderung wurde abgelehnt. Die Franzosen requirierten Telephonapparate. — In Wanne rühte ein Infanterieregiment ein, das in vier Schulen und einigen Sälen untergebracht wurde. Wallenfels hat zwei Bataillone Infanterie erhalten.

In Ludwigsbafen wurden 30 Eisenbahner ausgewiesen, im Bezirk Ludwigsbafen 120 Eisenbahnerfamilien. Die Zahl der aus der Gegend ausgewiesenen Personen betrug bis zum 1. Mai 2107, darunter befinden sich 1467 Frauen und Kinder. — Im Kölner Bezirk sind am Pfingsten über 100 Eisenbahnerfamilien ausgewiesen worden. Sehr viele Möbel wurden beschlagnahmt.

Der Patroverstoß in Trier, den die Smeetsleute unternahmen, ist mißglückt. Die Besatzungsbehörde forderte von der Stadt, daß das Elektrizitätswerk zwei Smeets-Angehängern übergeben werde, worauf die Besatzung feixte. Die Besatzungsbehörde gab nach und überließ das Werk wieder der Stadt, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Die französische Diktatur im Saargebiet. Aus Saarbrücken wird gemeldet: Das Amtblatt der Regierungskommission bringt eine Verordnung, nach der am 1. Juni der französische Frank als einziger gültige Münze eingeführt wird. In der Folge der Reichsbrüche ist diese Annahme ein neues Glied. Alles läuft auf die völlige Französisierung des Saargebietes hinaus.

Kommunistische Generalstreiksparte

Dortmund, 22. Mai. (Sig. Draht.) Am Pfingstsonntag fand eine kommunistisch-unionsistische Betriebsratkonferenz für den Bergbau und die Metallindustrie statt, in der beschlossen wurde, für Dienstag den Generalstreik zu proklamieren und ihn mit Hilfe der kommunistischen Hundstrecken durchzuführen. Neu in den Streik getreten sind die Belegschaften der Germania und einer Reihe anderer Eisen- und Stahlwerke. Auf verschiedenen Betrieben erschienen heute vormittag kommunistische Elemente, von den in Streik befindlichen Gruppen und stellen an die Betriebsräte die ultimative Forderung, die 10 Uhr vormittags die Arbeit niederzulegen. Auf den Betrieben Hensha, Dortfeld, Dorten, Habelberg und Schlegel wird voll gearbeitet, während auf der Bochumer Meierei Verammlungen der Streikenden statt, in denen für die erste Hälfte eine Lohnerhöhung um 50 Prozent und für die zweite eine Erhöhung der Löhne entsprechend der Selbstentwertung gefordert wurde. Außerdem wurde die bekannte Forderung nach einer einmaligen Beihilfe von 150 000 M. erneut erhoben. Die Gewerkschaften haben in einem Flugblatt Stellung gegen die Generalstreiksparte genommen und zur Arbeitsaufnahme aufgefordert.

Der Achttundentag durchbrochen

Von E. Aufhäuser.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß sich das deutsche Unternehmertum in den letzten Monaten in einer scharfen Offensive gegen die Arbeiterkraft befindet, dann dürfte er durch die entscheidenden Beratungen und Beschlüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über die Arbeitszeitgesetze für Arbeiter und Angestellte als reichlich erbracht angesehen werden. Hatte der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates bei dem Gesetzentwurf für die Arbeiter wenigstens einige der schlimmsten Härten in der Regierungsvorlage etwas gemildert, so gab es in der Endabstimmung im Plenum keinerlei Barmherzigkeit. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit wurden gegen die Stimmen der Arbeitnehmer alle Veridicklungsanträge der Arbeitgeber angenommen und ein Gesetz herbeigeführt, das zwar die Arbeitszeit regelt, aber gleichzeitig den Achttundentag aufhebt.

Das reaktionäre Treiben begann schon beim ersten Vortragen. Es wurden zunächst „die im Haushalt beschäftigten Arbeiter“, auch soweit sie nicht unter das Hausgebietsgesetz fallen, ausgenommen. Damit besteht also für Chauffeurs, Portiers, Rutscher, Gärtner usw., die nicht in gewerblichen Betrieben arbeiten, überhaupt keine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Die Reklame wurden aus dem Rahmen der gewerblichen Arbeiter herausgenommen, angeblich weil hier mehr ein „Ergebnisverhältnis“ bestrebe, in Wirklichkeit, um der Lehrlingsausbeutung freie Bahn zu schaffen.

Auf derselben Linie rücksichtsloser Ausbeutung liegt der Beschluß über den besonderen Schutz der Jugendlichen. Die bisherige Altersgrenze von 18 Jahren ist auf 16 Jahre herabgesetzt worden und der Redner der Arbeitgeber gestattete sich dabei noch folgende Verbesserung der Arbeiterkraft:

„Wir wissen ganz genau, wo im allgemeinen, mit rühmlichen Ausnahmen, die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren die nicht dem Schlaf gewidmete arbeitsfreie Zeit verbringen, und ich glaube, wir dürfen uns hier in Uebereinstimmung mit den Anschauungen aus der Weltweit, daß für diese jungen Leute die Arbeit sicherlich nicht schädlich ist als das, was sie etwa in diesen arbeitsfreien Stunden, die nicht dem Schlaf gewidmet sind, sonst treiben würden.“

Dabei werden durch die Altersgrenze von 16 Jahren nicht einmal diejenigen Personen von Arbeitsdienst für Jugendliche erlöst, die noch fortbildungspflichtig sind. Dann begann das große Keimennachen hinsichtlich der Betriebsarten, die unter das Gesetz fallen sollen. Das Verfehrsgewerbe war ohnehin nicht in der Vorlage. Weiter aber wurden ausgemerzt die See- und Binnenwasserfahrtschiffahrt, die gesamte Landwirtschaft, der gesamte Gartenbau und schließlich auch noch alle Nebenbetriebe der Landwirtschaft, wie Brennerie- und Krautereibetriebe, sowie alle mit der Landwirtschaft verbundenen Betriebe (Schmiede, Stellmacher, Sattler usw.).

Der entscheidende § 5 bestimmt seinen Höchstarbeitstag, sondern legt eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von acht Stunden fest, um aber zugleich weiter auszusprechen: „Wohne Arbeitsbereitschaft gilt nicht als Arbeitszeit.“

Der Begriff der Arbeitsbereitschaft konnte von keiner Seite genau definiert werden. Wenn allgemein angedeutet wurde, daß es sich für den Arbeiter im Betriebe um die Zeit des „Zuwartens“ handelt, so dürfte es künftig kaum noch irgendeine Beschäftigung geben, bei der sinnige Unternehmer nicht irgendeine Arbeitsbereitschaft feststellen können, um in jedem Falle den achttündigen Arbeitstag beliebig verlängern zu dürfen.

Auch hier gedachte die menschenfreundliche Arbeitgeberabteilung wiederum besonders des Jugendzuges und bestimmte, daß Lehrlinge außerhalb der Normalarbeitszeit täglich eine Stunde länger zu Auftragsarbeiten herangezogen werden können. Aus demselben „sozialen Empfinden“ heraus ist die wöchentliche Arbeitsdauer einschließlich der Schulpflicht für die Pflichtfortbildungsschüler, die im Ausnahmefall auf 48 Stunden festgesetzt worden war, auf 54 Stunden wöchentlich herausgehoben worden.

Den Hauptinhalt dieses „Gesetzes über den Achttundentag“ aber bilden die schließlichen Bestimmungen, in denen der in § 5 vorgezeichnete achtstündige Normalarbeitstag keine Anwendung findet. Die gewerkschaftliche Auffassung, daß abgesehen von den Fällen höherer Gewalt weitere Ausnahmen für Überarbeit nur auf dem Wege tariflicher Vereinbarungen zulässig sein dürften, war zwar im Ausschuß noch in bedingter Weise anerkannt worden. Im Plenum wurden auch in dieser Frage die Arbeitgeber nicht einmal der befürworteten Genehmigung, um Ausnahmen von der gesetzlich festgesetzten Arbeitszeit zu verfügen für Störungen, für Verbesserungen oder Gewährungen der Produktion, zur Güterverteilung und Erhaltung oder Sicherung von Werken aller Art. Es seien die durch die Gewerkschaften zu bewilligenden Ausnahmen „bei außerordentlichen Säulungen der Arbeit“ usw. Weiter besteben die Ausnahmen, die durch den Arbeitsminister für Gewerbe mit höherer Arbeitsbereitschaft unter außerordentlichen Verhältnissen, zur Ersparrung von Brennstoffen usw., angeordnet werden können.

Zu alledem haben auch noch in den letzten Ausschussberatungen vorgeschrieben Maß zu finden, die den Achttundentag durch Überstunden überbrücken, soweit es die Gesamtkonjunktur des Landes, die Einzelkonjunktur des Gewerbes und die Anpassung an die jeweilige wöchentliche

lanfitz
unter
utzen,
sbank
zen:
ergasse
fts-
ußen
und
ag-
550 2a
gen
er
pibhl.
790
G.
th
ng
508
ng
ages-
rten
b. H.
agen
m.
H.
Ver-
alität